

*Peter Kreysler*

# **Wer verhindert die Agrarwende? Von alten Strukturen und modernen Lobbymethoden**

**- EINE SPURENSUCHE -**



Im Auftrag von Martin Häusling, MdEP

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

Martin Häusling, MdEP / Europabüro Hessen  
Kaiser-Friedrich-Ring 77  
65185 Wiesbaden

Tel. 0611 - 98920-30  
Fax 0611 - 98920-33  
[info@martin-haeusling.de](mailto:info@martin-haeusling.de)

### GESTALTUNG

Dipl. Des. (FH) Annette Schultetus  
[www.design-kiosk.de](http://www.design-kiosk.de)

### BEZUG DIESER PUBLIKATION

Ina Möllenhoff, Öffentlichkeitsarbeit  
Tel. 0611 - 98920-30  
Fax 0611 - 98920-33  
[info@martin-haeusling.de](mailto:info@martin-haeusling.de)

### AUTOR

Peter Kreysler

### REDAKTION

Dr. Andrea Beste

### STAND

April 2020

### Titelbild

andreas, adobestock.com

## INHALT

EINLEITUNG	05
1 WIE ALLES BEGANN - ANFÄNGE DER EUROPÄISCHEN AGRARPOLITIK	07
1.1 Entwicklung der "modernen" Landwirtschaft	10
1.2 Verbände, Netzwerke, Verflechtungen	11
2 GLOBALE LOBBYSTRUKTUREN UND TECHNIKEN	13
3 NEBENWIRKUNGEN DES MODERNEN AGRARMODELS	15
4 AGRARWENDE - EHER UNBELIEBT	16
4.1 Marktinteressen und Besitzstandswahrer	19
5 GAP-GELDER UND KORRUPTION	23
6 WIE MAN UNLIEBSAMES BEKÄMPFT	23
7 FAZIT: WER WÜRDE VON DER AGRARWENDE PROFITIEREN UND WER NICHT?	25
Quellen	26



## EINLEITUNG

Inzwischen sind es nicht mehr nur die Experten und Fachjournalisten, die die Warnsignale hören. Jeder hat sie in den letzten Jahren vernommen, erst waren sie leise, fanden sich vereinzelt in wissenschaftlichen Meldungen, dann bahnten sie sich ihren Weg in die Medien. Nun werden aus dem unterschweligen Grummeln, Donnerschläge eines heranziehenden Gewitters. Die schlechten Nachrichten aus dem Agrarsektor werden lauter, häufiger und kommen aus allen Richtungen: Die Wissenschaftler schlagen Alarm: Die Zahl der Insekten habe um 75 Prozent abgenommen, die Anzahl der Vögel gehe massiv zurück. Andere Nachrichten machen nur noch sprachlos, so umfassend ist das Schreckensszenario, wenn dieser Tage die Bilder der Brandrodungen des tropischen Regenwaldes als Dauerschleife in den Medien laufen. Die Klimaforscher warnen, wenn der Regenwald gerodet wird, um Anbauflächen für Soja oder Palmöl zu schaffen, dann hat es fatale Konsequenzen für das Weltklima. Seit Januar 2019 ist die Zahl der Feuer im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nur in Brasilien um 77 Prozent gestiegen - an 83.000 Brandstellen lodert es. Aber auch hier in Europa häufen sich die Probleme: Der europäische Boden erodiert, und die Qualität des Grundwassers nimmt ab. Pestizide reichern sich zunehmend in den Fließgewässern an. Die so genannten „Roten Gebiete“, wo durch Überdüngungen der Nitratgehalt im Grundwasser zu hoch ist, weiten sich zunehmend aus, werden zur Belastung für die Wasserwerke. Seit 25 Jahren versucht die deutsche Bundesregierung das Problem in den Griff zu kriegen, mit der EU-Kommission zu verhandeln, und selbst die scheint nun mit ihrer Geduld zu ihrem Ende gekommen zu sein.<sup>1</sup>

Andererseits sind viele Bauern verzweifelt, besonders Milchbauern kämpfen um ihre Existenz. Das Höfesterben hat rasant zugenommen. Von 2003 bis 2013 - so die jüngsten Zahlen - ging die Zahl der Betriebe in der EU um ein Viertel zurück.<sup>2</sup>

Die Erkenntnis, dass die Europäische Agrarpolitik (GAP) nicht zukunftsfähig ist, besteht jetzt schon länger. Doch die Reformversuche kommen seit Jahren nur schleppend voran. Sie werden ausgebremst oder zur Wirkungslosigkeit verwässert. Die Neuauflage dieses Schauspiels vollzieht sich gerade wieder, seit die EU-Kommission 2018 ihren Vorschlag zur neuerlichen GAP-Reform vorgelegt hat. Noch nie war die Kritik an der Agrarpolitik so lautstark. Bei den Petitionen, Konsultationen und Bürgerinitiativen engagieren sich Millionen. Auch Umfrageergebnisse belegen es immer wieder - die Menschen wollen eine andere Agrarpolitik. **„Eine große Mehrheit der Europäer wünscht sich strengere Regeln und Gesetze für die Landwirtschaft. Landwirte sollen mehr Rücksicht auf Natur und Tierwohl nehmen. Demnach befürworten 83 Prozent der befragten Deutschen strengere Regeln und Gesetze zum Schutz der Natur in der Landwirtschaft.“**<sup>3</sup> Aber auch das letzte Eurobarometer zur europäischen Agrarpolitik<sup>4 5</sup> belegt, dass 62 Prozent der EU-Bürger eine nachhaltige Lebensmittelproduktion fordern.

Doch finden sich diese Wünsche in den aktuellen GAP-Vorschlägen der EU-Kommission wieder?

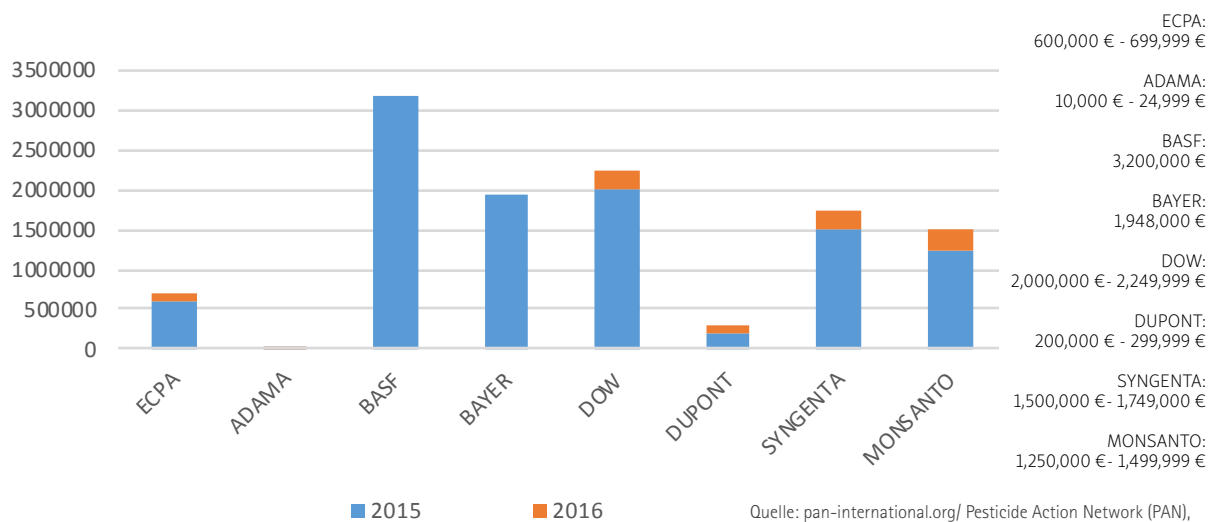
Haben die Wissenschaftler vielleicht doch Recht, die zunehmend in der Landwirtschaftspolitik von einem massiven Politikversagen sprechen? Wie sind wir hierhergekommen? Wieso kommt die Agrarwende nicht voran und packt die drängenden Probleme für Umwelt und Gesellschaft an?

Jetzt im Herbst 2019 blicke ich zurück ins Jahr 2002, damals begann ich, mich für globale PR-Lobbytechniken zu interessieren. Für ein Radiofeature für den Deutschlandfunk<sup>6</sup> hatte ich die Gelegenheit, mit Carl Bernstein, einem der beiden Journalisten, die halfen die „Watergate Affäre“ aufzudecken, zu

sprechen. Bernstein engagierte sich damals bei dem „Project Censored: The News That didn't make the News“ der Sonoma Universität, bei dem Storys ausgezeichnet wurden, die zwar größte gesellschaftliche Relevanz hatten, aber im amerikanischen Medienalltag ignoriert wurden. Bernstein hatte viel erlebt in seinem journalistischen Leben, er strahlte damals eine in sich ruhende Freundlichkeit aus, wenn er über seine runde Brille schaute. Doch seine helle Stimmung verflieg. Er wurde sehr ernst, als das Gespräch auf einen besonders extremen Fall der inhaltlichen Einflussnahme kam. Es war eine Story von FOX TV, einer kleineren lokalen Fernsehstation des Networks in Tampa. Jane Ackre und Steve Wilson recherchierten an einer Story über den Einsatz von Wachstumshormonen bei Milchkühen, Recombinant Bovine Growth Hormone (rBGH), ein Wachstumshormon, das in den USA bis heute zugelassen, aber in Europa zum Glück bereits seit 1990 verboten ist. Der rBGH-Hersteller setzte Fox TV massiv unter Druck, damit der Sender starken inhaltlichen Einfluss auf die Berichterstattung der beiden Journalisten nahm. Fox hatte Angst einen Werbekunden zu verlieren. Die beiden Journalisten wehrten sich, leider vergebens. Die originale Story der beiden Journalisten wurde nie so gesendet. Ich folgte der Story bis in den Gerichtssaal nach Tampa Florida, wo die Klage der beiden Journalisten schließlich abgeschlagen wurde.<sup>7</sup>

Damals hielt ich die ausgeklügelten machtvollen PR- und Lobbytaktiken, der Agrarindustrie und der Agrarchemie für ein rein US-amerikanisches Phänomen. Ich sollte mich irren. Heute, über 20 Jahre später, ist Brüssel nach Washington die wichtigste Lobbystadt der Welt, nicht nur wegen der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung, sondern auch wegen der Höhe der Lobby-Budgets. Nach konservativen Schätzungen von CEO (einer Lobbykontroll-NGO) werden jedes Jahr 1,5 Milliarden Euro für Lobbyismus ausgegeben, um Einfluss auf EU-Kommission, Europaparlament sowie den Rat der Mitgliedstaaten, zu nehmen.<sup>8</sup> In der politischen Schaltzentrale Europas arbeiten tagtäglich um die 25.000 Lobbyisten, um die Interessen von global agierenden Unternehmen zu vertreten und durchzusetzen. Während es in den USA strengere Transparenzregeln für Lobbyismus gibt, ist das in der EU schwieriger: Das „Europäische Lobbyregister“ ist im Gegensatz zum US-amerikanischen freiwillig - der genaue Umfang von Lobby-Aktivitäten kann deshalb hier nur geschätzt werden. Hunderte von Interessenverbänden der Industrie, der Lebensmittelbranche, der Agrarhändler, aber auch Branchenzusammenschlüsse, sogenannte „Front Groups“, und transnationale PR-Agenturen, sind in diesem Sektor unermüdlich aktiv. „Kein Industriezweig der Vor- und Nachgelagerten Sektoren ist so gut vernetzt, hat so viele Treffen mit den Generaldirektionen und ihren DG-Kommissaren, wie der Agrar- und Lebensmittelbereich“, so berichtet mir Martin Pigeon von der lobbykritischen Organisation CEO bereits am Telefon<sup>9,10</sup>. Besonders die chemische Industrie hat hier einen großen Lobbyanteil (siehe Grafik)

**Lobbyausgaben der Pestizidhersteller im Jahr 2015/16**



## 1. WIE ALLES BEGANN – ANFÄNGE DER EUROPÄISCHEN AGRARPOLITIK

Erstmal verschaffe ich mir einen Überblick - was ist die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) heute? Jedes Jahr werden knapp 60 Milliarden Euro pro Jahr in ganz Europa - 5 Milliarden in Deutschland - pauschale GAP Zahlungen an Bauern und landwirtschaftliche Betriebe ausgeschüttet. Seit Jahren wird viel über Ziele, wie Umwelt und Artenschutz, „Blühstreifen“ und „Greening“ geredet und verhandelt, doch das Geld versickert wirkungslos in den immer größer werdenden Äckern Europas, denn umso mehr Hektar man bewirtschaftet, umso mehr GAP-Förderung bekommt man. Inzwischen profitieren immer weniger: So gehen allein in Deutschland 80 Prozent der deutschen GAP Zahlungen an nur 20 Prozent der deutschen Grossbetriebe.<sup>11</sup>

So viel öffentliches Steuergeld aus Brüssel, das ohne wirkliche Bedingungen an so Wenige ausgeschüttet wird. Das ist doch ein Wahnsinn, denke ich, als ich den Agrarexperten der Anti-Lobby-Organisation CEO, Martin Pigeon, in Brüssel treffe. Wir setzen uns in einen kleinen Lichthof, wo wir in Ruhe - fern von den ständig klingelnden Telefonen - sprechen können. Martin Pigeon muss weit ausholen, weit in die Geschichte zurückgreifen bis zur „Geburtsstunde der EU“, wie er erklärt. Es gäbe für dieses „Lobby-Phänomen“ eine „lange historische Erklärung“ eine Chronologie, eine logische Kette, die uns in diese Situation und in die wichtige globale Lobby metropole geführt hat. Denn wo wir heute stehen, sind wir nicht aus Zufall gelandet, gemeinsam spulen wir in der Geschichte zurück zu der Geburtsstunde Europas, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der EWG.

Am Anfang der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik kurz GAP stand eigentlich eine lobenswerte Idee: In Europa sollten die Menschen nie mehr hungern. Die sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft - Frankreich, Italien und die Beneluxländer sowie die Bundesrepublik einigten sich 1957 auf die gemeinsame Europäische Agrarpolitik.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag Europa am Boden und die Versorgung der Europäer mit Nahrungsmitteln war stark abhängig von den internationalen Lebensmittelimporten und somit von den Preisen der Agrarmärkte. Ziel war es nicht nur, die Bürger mit ausreichend Nahrungsmitteln zu stabilen und günstigen Preisen zu versorgen, sondern auch die Produktivität in der europäischen Landwirtschaft zu fördern. Auch 10 Jahre nach Kriegsende waren die Bauernhöfe wenig produktiv, es gab keine Arbeitskräfte, Traktoren und Landmaschinen. Mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes für Lebensmittel sollte für die Bauern ein zusätzlicher Anreiz geschaffen werden, effizienter zu produzieren. Bald setzten die Landwirte mehr Dünger, Pflanzenschutz und Traktoren und Technik ein. Bessere Zuchtmethoden bei Schweinen, Rindern, Milchkühen sowie Hühnern steigerten die Fleisch- und Milchproduktion. Nach wenigen Jahrzehnten wurde aus dem Mangel eine Überproduktion. Schon in den 1970er Jahren produzierten Bäuerinnen und Bauern in der EU genug Nahrungsmittel und in den 80er Jahren war die europäische Landwirtschaft weit über das ursprüngliche Ziel hinausgeschossen: Sie produzierten mehr, als die Westeuropäer essen und trinken konnten.

**1984 lagen 9 Millionen Tonnen Getreide, 400.000 Tonnen Rindfleisch, 1 Milliarde Tonnen Magermilchpulver und 855.000 Tonnen Butter auf Halde** Quelle: Kluge 2001<sup>12</sup>



Auch ich erinnere mich an die Nachrichtensendungen der Tagesschau in meiner Kindheit, über Milchseen und eingelagerte Butterberge, die vernichtet oder auch in den Globalen Süden exportiert wurden.

Die Agrarsubventionen in den 80er Jahren waren ein wirklich irrsinniges System: Europa zahlte Geld, um die Produktion zu steigern, finanzierte dann die Lagerung des Überschusses sowie den Export nach Afrika, Asien oder Südamerika.<sup>13</sup> Dort zerstörten die Agrarimporte aus dem Norden dann damals schon viele lokale Märkte, weil die europäischen Agrarprodukte billiger waren, als das, was die Kleinbauern und -bäuerinnen im Globalen Süden produzieren konnten.

Diese Art der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ beschleunigte seit den 60er Jahren den strukturellen Wandel immer schneller: Von bäuerlicher Landwirtschaft hin zur industriellen in immer größeren Einheiten, auf Kosten jedoch der kleineren Familienbetriebe. Seit den 60er Jahren ging die Zahl der Betriebe allein in Deutschland von 1,6 Millionen um 80 Prozent auf rund 285.000 im Jahr 2013 zurück. In dem gleichen Zeitraum wurden die verbleibenden Betriebe immer größer und produktiver. 1950 ernährte ein Landwirt mit seiner Ernte rein rechnerisch lediglich zehn Menschen, mittlerweile sind es bereits 142, so das BMEL.<sup>14</sup> Das illustriert, wie tiefgreifend sich der Strukturwandel im ländlichen Raum seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa vollzog: Die bäuerliche Landwirtschaft wandelte sich rasant hin zur industriellen, mit allen bekannten Nebenwirkungen.

Aber welche Rolle spielte dabei Copa-Cogeca, der Dachverband der europäischen Landwirte und landwirtschaftlichen Genossenschaften, frage ich den Lobbyexperten Pigeon. Copa wurde 1958 extra gegründet, um die gemeinsame Agrarpolitik in der EWG mitzugestalten und zu beeinflussen<sup>15</sup> „Der Einfluss der Copa war bis in die 80er ziemlich reibungslos, doch mit der wachsenden öffentlichen Kritik änderte sich das. Seitdem mussten sich die Lobbyaktivitäten der europäischen Bauernverbände enorm professionalisieren und ihre Erfolgsrate ist - so muss ich eingestehen – bisher erstaunlich.“, so Pigeon. Bis heute sei der Reformprozess um die GAP ausgebremst.

Auch in der Gründung der Copa lassen sich Entwicklungslinien hin zu großen Agrarstrukturen bis heute sehr schön nachzeichnen, wie meine Recherche ergab.



Das „Comité des organisations professionnelles agricoles“ kurz Copa wurde gegründet am 6. September 1958. Es schlossen sich 13 bäuerliche Organisationen zusammen: der Deutsche Bauernverband (DBV), FNSEA, CNJA und CNMCA aus Frankreich, der Coldiretti Confagricultura und Federconsorzi aus Italien, KNL, KNTB für die Niederlande, der belgische Boerenbond AAB, UPS und FWA für Belgien und die CPL für Luxemburg. Durch die Fusion entstand die mitgliederstärkste europäische Interessenvertretung. Zwar waren alle Verbände bereits in der European Confederation of Agriculture (CEA) verknüpft, aber durch die Gründung der Copa versprach man sich eine bessere und schlagkräftige Vertretung der bäuerlichen Interessen auf der europäischen Ebene.

Bei einer genaueren soziologischen Analyse wird deutlich, welche politische Ausrichtung die Gründungsmitglieder in den Nachkriegsjahren bereits hatten, eine Ausrichtung, die die Copa-Politik bis heute bestimmt, so der Ökonom Halpin.<sup>16</sup> Es waren Organisationen, die ihre Mitglieder meist aus dem katholischen Milieu requirierten; meist Bauern mit landwirtschaftlichen Grossbetrieben und adlige Grundbesitzer mit großem Landbesitz, die bereits im Agrarmarkt gut etabliert und bestens mit den wichtigen europäischen Stakeholdern verknüpft waren. Andere Bauernorganisationen, die noch in den 50er Jahren eine wichtige Rolle spielten, wie etwa MODEF in Frankreich oder aber die Alleanza Contadina in Italien - beide gut verknüpft mit der kommunistischen Partei in ihren Ländern - lehnten es ab, sich mit der Copa zusammenzuschließen, auch weil sie damals schon die Ausrichtung der GAP ablehnten.<sup>17</sup>

Cogeca, der zweite Arm von Copa-Cogeca, repräsentiert 22.000 Genossenschaften in Europa sowie die Katholische Jungbauern Organisation (CEJA), auch diese vereinten sich 1972 mit der Copa und bildeten den Dachverband Copa-Cogeca. Mit der EU-Erweiterung 2006 wuchs die Copa-Cogeca weiter: Heute versammeln sich unter diesem Dach knapp 90 Bauern-Organisationen aus dem europäischen Raum. Auch aufgrund ihrer Größe und Machtfülle formuliert Copa-Cogeca ihren Anspruch durchaus selbstbewusst: „Seit der Gründung und Zusammenschluss des Sekretariats repräsentiert Copa-Cogeca eine der größten und aktivsten Lobbyorganisationen in Brüssel.“

In der Rue de Treves 61 im Brüsseler Europaviertel wundere ich mich dann auch nicht, wenn man vor dem großen Bürokomplex steht, der sich unweit ein paar Häuserblocks entfernt der Generaldirektion Landwirtschaft der EU-Kommission (DG AGRI) befindet. Vielleicht lässt sich ja über ihr Budget und Einnahmen etwas mehr herausfinden. Doch ich werde enttäuscht. Eine Bilanz mit Einnahmen und Ausgaben oder Geschäftsberichte suche ich vergebens: Fehlanzeige. Eine überraschende Tatsache, wie ich jetzt lernen muss, ist, dass ein so wichtiger Stakeholder der europäischen Agrarpolitik eine sehr informelle Organisationsform hat. Die Copa ist nach belgischem Recht eine „association de fait“, also eine nicht rechtsfähige Vereinigung, die Rechtsform, die den Mitgliedern normalerweise nicht erlaubt, Immobilien oder Besitz zu erwerben oder irgendwelche Verträge abzuschließen und die keine rechtlichen oder verwaltungsmäßigen Verpflichtungen hat.<sup>18</sup> Das ist sehr erstaunlich. Sicherlich ist es bei anderen Lobbyorganisationen auch schwierig, herauszufinden, woher das Geld und die Finanzierungen stammen und wie sich das Lobbybudget zusammensetzt, aber bei der Copa ist das unmöglich.

Ich frage mich, wer bezahlt die rund 60 Mitarbeiter der Copa, die vielen Reisen, die vielen Treffen und Materialien, die sie produzieren. Neben dem französischen spielt der Deutsche Bauernverband eine sehr gewichtige Rolle in den Entscheidungen der Copa. Der Deutsche Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied ist zurzeit auch ihr Präsident. Wie in anderen europäischen Ländern in Spanien, Frankreich oder Italien standen die Bauernverbände den konservativen Parteien nahe, auch in Deutschland. Rukwied mit seinen Multifunktionen und vielen Posten ist eine Symbolfigur in der Agrarlobby.

Eine viel zitierte Studie von Wissenschaftlern vom Institut für Arbeit und Wirtschaft, IAW der Universität Bremen fand heraus, wie viele Multifunktionen einige zentrale Player in der Agrarwirtschaft haben. Die Ämterhäufung ist bei Copa-Präsident Rukwied sehr beachtlich und exemplarisch. So hat Herr Rukwied mindestens 18 wichtige Positionen besetzt, vor allem in der Agrar- und Finanzwirtschaft und vielen Verbänden sowie in den Aufsichtsräten der BayWa AG, Südzucker AG sowie der R+V Allgemeine Versicherung AG. Außerdem ist er, Vorstandsvorsitzender des „Forum Moderne Landwirtschaft“, eines Zusammenschlusses globalführender Düngemittel- und Pestizidunternehmen. Copa ist nach dem Zusammenschluss mit der COCEGA, dem europäischen Dachverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der einflussreichste Interessenvertreter der europäischen Landwirtschaft. Durch diesen Posten hat Rukwied auch exklusiven Zugang zu den Sitzungen der Agrarminister in Brüssel. Zusätzlich ist er Präsident des Deutschen und des Baden-Württembergischen Bauernverbandes.<sup>19</sup>

## 1.1 ENTWICKLUNG DER „MODERNEN“ LANDWIRTSCHAFT

Waren die Nachkriegsjahre von „Ernährungssicherung“ in Zeiten des Kalten Krieges sowie stabilen Preisen in der EWG gekennzeichnet, setzte ab den 60er Jahren der technologische Wandel ein, wie der intensive Einsatz von industriell-synthetisch erzeugten Düngemitteln, aber auch von Pestiziden. Besonders die Verbindung mit neuen Saatgutsorten, die auf den chemischen Einsatz angepasst wurden, führte zu einem Anstieg der Hektarerträge. Auch in der Tierhaltung brachte die Züchtung Ertragssteigerungen, die durch den Einsatz von zugekauftem Kraftfutter erzielt wurden. Viele der abgewanderten Arbeitskräfte wurden ersetzt durch kostensenkende Maschinen, wie Mähdrescher. Diese kapitalintensive Mechanisierung

erzwang auch eine Spezialisierung auf wenige Kulturen, das verringerte die Fruchtfolgen, was wiederum den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln erhöhte. Auch mussten Anbauflächen ähnlich wie in den USA vergrößert und Hecken ausgeräumt werden, damit sich der Einsatz der Landmaschinen besser lohnte. In der Tierhaltung vollzog sich eine ebenso rasante Technisierung. Rationalisierung und Spezialisierung war angesagt. Legehennen wurden in Käfigen gehalten und bei Schweinen und Bullen verschwand das Stroh, denn Spaltenböden waren arbeitssparender. Beim Milchvieh ersetzte mehr und mehr importiertes Kraftfutter, den Futterbau mit Leguminosen und die Heufütterung. Für die europäischen Bauern, die diesem Trend zur Industrialisierung folgten, war das mit enormen Kosten verbunden. Viele

Bauern wurden durch massive Investitionen in das neue industrialisierte Agrarsystem gezwungen, wenn sie überleben wollten: „Wachse oder weiche“ war nun das Motto. Energieeffizient war das damals schon nicht, aber danach fragte zunächst niemand.



Größere Anbauflächen, mehr Maschinen sowie Agrarchemie kosten viel Geld. Die Bauern mussten immer mehr Kredite aufnehmen, um den Entwicklungszyklen zu folgen. Sie wurden immer abhängiger von den Anbietern der Technik, der Beratung. Die Wachstumsideologie, die den Pestizid-, Düngemittel-, Zucht- und Handelskonzernen große Gewinne bescherte, wurde zum allgemeinen Fortschrittsglauben – auch und gerade in der Bauernschaft. Hinzu kam noch die wachsende Abhängigkeit der Bauern von den Abnehmern, die ihre Produkte weiterverarbeiteten oder verkauften. Die zunehmende Monopolisierung der Einzelhändler in Supermarktketten, aber auch die Konzentration der Fleischproduzenten brachte einen weiteren Verfall der Abnahmepreise und schränkte die Möglichkeiten der Bauern, eigene Absatzwege zu finden, weiter ein.

Die EU schützte zwar die europäische Agrarproduktion vor dem niedrigen Dumping der Weltmarktpreise durch Außenzölle, doch die EU-Zahlungen galten nicht für die Produkte der Bauern, sondern für die wichtigsten Produkte der Ernährungsindustrie sowie Genossenschaften. Nicht für Milch, sondern Butter und Magermilch oder Milchpulver aus den Molkereien wurde bezahlt; nicht für den Weizen von den Feldern wurde bezahlt, sondern für Großladungen aus Genossenschaften. Deshalb dienten die EU-Milliarden aus der gemeinsamen Agrarpolitik in erster Linie dem Wachstum der Genossenschaften und der Agrarindustrie und führten zu einer zunehmenden Beschleunigung der Industrialisierung der Landwirtschaft nach dem US-amerikanischen Modell, wie der Agrarexperte Eckehart Niemann erklärt.<sup>20</sup>

## 1.2 Verbände, Netzwerke, Verflechtungen

„Die europäische Wirtschaftsunion begann ausgerechnet mit dem gemeinsamen Agrarmarkt, ohne sich zuvor um die Vereinheitlichung der Währungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik zu sorgen“, wurde von DBV Präsidenten Edmund Rehwinkel kritisiert. Er nannte es den „größten friedlichen Schildbürgerstreich des 21. Jahrhunderts“. Der Deutsche Bauernverband war bei der Gründung der Copa beteiligt und Edmund Rehwinkel, der damalige deutsche DBV Präsident, war in den ersten Jahren auch mehrmals der Präsident der Copa. Er nutzte die starke Position des Deutschen Bauernverbandes hauptsächlich dazu, um hohe Agrarpreise für die deutschen Bauern durchzusetzen. Im September 1962 gelang es Rehwinkel, eine Copa-Stellungnahme zu erwirken, die den Ministerrat aufforderte, die Getreidepreise auf das Niveau der Hochpreisländer anzuheben. Ab Mitte der 60er Jahre musste sich der europäische Agrarmarkt dem Weltmarkt öffnen (nach der so genannten Kennedy Runde<sup>21</sup>). Seitdem orientierte sich die Agrarproduktion stärker auf den Export und der Markt wurde auch für US-amerikanische Agrarprodukte zunehmend geöffnet. Die europäische Landwirtschaft industrialisierte sich immer zügiger: Die Massentierhaltung wurde intensiviert, um mit den Billigprodukten aus Übersee zu konkurrieren, damit nahm auch die enge Zusammenarbeit der Copa und der vor- und nachgelagerten Industrie stetig zu. Erstaunlich dabei ist, dass die wichtigsten Stakeholder dieses agrarpolitischen Lobby-Netzwerks sich bereits mit der Gründung der EWG etablierten.

Mit der vor- und nachgelagerten Industrie bildet die Copa so seit den 50er Jahren einen engen Lobbyverbund, ein Netzwerk, das fest in den europäischen Politikbetrieb integriert ist; dieses Netzwerk steht für eine exportorientierte und liberale Welthandelspolitik. Gemeinsam mit Copa sitzen die Mitglieder in den entscheidenden Advisory Groups (AG), Technology Plattformen, den TPs, oder sind beteiligt am „Stakeholder-Dialog“ mit der Generaldirektion Landwirtschaft der EU-Kommission (DG AGRI), (quasi dem europäischen Agrarministerium). Sie veröffentlichen gemeinsame Stellungnahmen, Briefe an die

EU-Kommission zur Agrarpolitik, sie veranstalten Kongresse und bilden so genannte „Front-Groups“ wie etwa die Glyphosate Task Force (GTF), die für den Beibehalt der Zulassung des meistverkauften Pestizids Glyphosat kämpft, und bündeln so die Interessenvertretung, um die öffentliche Wahrnehmung zu steuern. So nehmen sie früh Einfluss auf die Politik, um Regulierung und Zulassung von Pestiziden zu steuern, sie synchronisieren Forschung und Entwicklung neuester Produkte, wie etwa neuer Saatgutsorten, kurzum: Dieser Verbund von Interessengruppen hat sich in den letzten 60 Jahren zur einflussreichsten Lobbymaschine des Agrarsektors entwickelt.

Was dabei allerdings nicht im Zentrum steht, sind die Interessen der Bauern an fairen Preisen oder beim Zugang zu Saatgut oder bei der Vermeidung von Gesundheitsrisiken durch die Verringerung des Pestizideinsatzes. Und auch Umweltbelange werden ausgeblendet oder heruntergespielt.



### **Die wichtigsten Lobbyorganisationen der Vor- und Nachgelagerten Agrarindustrie, die mit der Copa kooperieren**

**COCERAL** (Korn und Öl gründete sich 1958 und vertritt die Weizen-, Korn-, Mais- und Olivenölhändler mit großem Einfluss auf den Rohstoffhandel mit Lebensmitteln sowie der WTO und Freihandelsvereinbarung sowie Liberalisierung von Export- und Importbestimmungen. Sie setzten sich für den Einsatz von Gentechnik ein.,



**„The European Livestock And Meat Trading Union“ (UECBV)**, gegründet 1952, ist ein weiterer wichtiger Player und Mitgestalter der europäischen Agrarpolitik. Die Union vertritt 1.500 Firmen aus dem Bereich der Schlachthäuser, Fleischhändler und Fleischindustrie. Sie sitzt mit dem europäischen Bauernverband Copa in vielen Beratungsgremien (Advisory Committee) der Generaldirektion Landwirtschaft sowie der Generaldirektion Lebensmittelsicherheit und Gesundheit (DG SANTE) der EU Kommission. Die Union strebt die Aufhebung von Importbeschränkungen von Soja an und wünschen sich ein Handelslabel „Made in the EU“ für Fleisch, um die regionale Herkunftskennzeichnung von Fleisch zu erschweren. In den GAP-Verhandlungen setzen sie sich auch für Direktzahlungen mit möglichst wenigen Auflagen ein.



Die **„The EU Oil and Protein Meal Industry“ (FEDIOL)** wurde auch 1958 gegründet und vertritt die Interessen der europäischen Lebensmittel, Öl- und Fettproduzenten. Ein Verband, der einerseits mit der vorgelagerten Industrie, wie Rapsproduzenten zusammenarbeitet, aber auch die Interessen der Lebensmittelindustrie vertritt. Kaum verwunderlich, dass dieser Verband sich für Biokraftstoffe sowie für umstrittene Palm- und Sojaölimporte einsetzt. Auch setzt er sich gemeinsam mit Copa und anderen Agrarlobby Verbänden für eine Tolerierung von auch verbotenen GVO in Futtermittel ein.

**Groupement européen des associations nationales de fabricants de pesticides (GEFAP) heute CropLife, international bzw. ECPA.**

**ECPA** Vertritt heute die Positionen der Agrarchemie, wie dem Verband der Chemischen Industrie e.V. VCI. Drängt auf die Zulassungsverlängerung von Glyphosat sowie Neonikotinoiden und blockiert eine ökologischere Reform der GAP. Auch streben der Verband eine Harmonisierung der Chemikaliengesetzgebung (REACH) mit WTO-Regeln im Rahmen von Freihandelsabkommen an (zB. bei TTIP, CETA oder MERCOSUR).

**CropLife Europe.** Macht sich stark für die Deregulierung der neuen Gentechnik. Durch das Regulierungsregime der Europäischen Union hätten EU-Bauern einen Nachteil gegenüber Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Auch macht sich „CropLife“ stark für die Beibehaltung der Direktzahlungen der GAP mit möglichst wenigen Umweltauflagen.<sup>22</sup>



## 2. GLOBALE LOBBYSTRUKTUREN UND -TECHNIKEN

Nach dem Zweiten Weltkrieg vollzog sich der strukturelle Wandel nicht nur in der Landwirtschaft, auch die Werbebranche (englisch PR- von Public Relations) professionalisierte sich rasant, wie ich von John Stauber erfahre.<sup>23</sup> Stauber, einer der besten Kenner der PR- und globalen Lobbyzene, beobachtet diese seit über 20 Jahren mit seiner NGO Source Watch. Er erklärt mir, dass bereits in den 60er Jahren PR- und Werbeagenturen, wie „Hill & Knowlton Strategies“, ihre Konzernkunden auf der ganzen Welt zu vertreten begannen, denn schnell wurde klar, dass der wachsende Welthandel nur reibungslos funktionieren könne, wenn Pestizide, Lebensmittel, Düngemittel, aber auch Maschinen auf allen Märkten der Welt reibungslos zugelassen werden könnten. Die PR- und Interessenvertretungen der Unternehmen mussten dafür den regulatorischen Weg bereiten. Ein Rechtsrahmen musste her, Regularien mussten angepasst werden, Zuliefer- und Handelsketten mussten ausgebaut und abgestimmt werden. DIN Normen mussten angepasst werden und Zollschränken fallen, so erzählt der PR-Experte Stauber. All dies gilt international in der Freihandelslogik als „Handelshemmnis“. Die Industrie griff deshalb zunehmend auf die Methoden der „Public Affairs“.

**Public Affairs bzw. Politik-Kontaktarbeit** bezeichnet die strategische, kommunikative Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse durch Organisationen und arbeitet an der Schnittstelle zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um den Marktzugang für Produkte möglichst schnell zu erreichen. „Doch der Grundstein für diese Lobbytechniken wurde bereits vor über hundert Jahren in den USA von Edward Bernays gelegt.“, so Stauber. Bis heute haben Bernays Überlegungen zu Propaganda oder Public Relations, wie er es später lieber nannte, für die PR-Branche Gültigkeit. Der in Österreich geborene Bernays immigrierte in die USA und war fest davon überzeugt, dass die „wissenschaftlich organisierte Manipulation der öffentlichen Meinung“ dringend nötig sei, „um Chaos und Konflikte in der Gesellschaft zu verhindern“, so erklärt John Stauber mir weiter. 1920 stand Bernays noch unter dem starken und düsteren Eindruck des Ersten Weltkriegs sowie den gesellschaftlichen und revolutionären Umwälzungen in Russland und Europa. Er fürchtete das Aufkommen kommunistischer Ideen in den modernen Demokratien. Auf Grundlage seiner pessimistischen gesellschaftlichen Sicht, die er seit dem Ersten Weltkrieg auf die modernen Demokratien warf, entwickelte er seine psychologischen Techniken der PR-Kontrolle.

1928 legte er den Grundstein in seinem Buch „Propaganda“, hier schreibt er:

*„Die bewusste Manipulation der Verhaltensweisen und Einstellungen der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften, Organisationen, die im Verborgenen arbeiten, lenken die gesellschaftlichen Abläufe, sie sind die eigentliche Regierung.“<sup>24</sup>*

1947 formulierte er dann in einem Aufsatz „Engineering of Consent“, dass man die nötigen Zustimmungen in einer modernen Mediengesellschaft künstlich erzeugen kann. Eine seiner bevorzugten Techniken, um Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen, war die Nutzung von Experten, den so genannten „third party authorities“. Diese Autoritäten bestimmen dann den öffentlichen Diskurs und schaffen so den von PR-Experten - den sogenannten Spin-Doctors - gewünschten Diskussionsrahmen<sup>25</sup>.

Die Techniken von Bernays sind bei der Interessenvertretung internationaler Konzerne nach wie vor aktuell und kommen äußerst häufig zum Einsatz. Dieses „Agenda Setting“, wie wir vielleicht heute sagen würden, funktioniert in einem bisher kaum wahrgenommenen Umfang äußerst geräusch- und reibungslos.

Es gibt eine ganze Reihe PR-Werkzeuge, die Lobbyisten je nach Situation einsetzen.

**„Front Groups“** sind Organisationen, die einen harmlos (und sogar oft irreführend klingenden) Namen haben, sie kümmern sich - scheinbar positiv - um Themen für das „Allgemeinwohl“, werden aber von der Industrie finanziert. Ihre wirkliche Agenda für Konzerninteressen wird bei längerer Beobachtung klar. Bekannte „Front Groups“ sind die Climate Coalition oder das deutsche Forum Moderne Landwirtschaft, oder das „International Life Sciences Institute“. ILSI, ist ein besonders anschauliches Beispiel solch einer „Front Group“. Es wurde von großen Lebensmittel-, Chemie- und pharmazeutischen sowie Bergbauunternehmen 1975 gegründet.<sup>26</sup> Bei der Beschreibung von ILSI wird beschönigend davon gesprochen, dass dieses Zuschüsse von Regierungen, der Industrie und anderen Quellen erhält. Dabei stammten - nach Recherchen der Brüsseler Lobbykontroll-Organisation CEO - im Jahr 2015 66 % (ca. 11,7 Mio. \$) der ILSI-Einnahmen von den Mitgliedsunternehmen, ca. 19 Prozent (ca. 3,3 Mio. \$) entfielen auf Spenden von Unternehmen, die auch Glyphosat herstellen. Die ILSI hat einen Beraterfunktionsstatus bei der Weltgesundheitsorganisation, WHO, sowie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, FAO. Für ILSI berufene Wissenschaftler können dort ihren Einfluss auf vielen internationalen Konferenzen und Gremien geltend machen.

Edwards Baney, dritter von Links, 1917  
Foto: George Grantham Bain Collection  
(Library of Congress)



Ein anderes Beispiel ist die Agri-Food-Chain Coalition, AFCC, in der sich zwölf Spitzenverbände der Agrarindustrie zusammengeschlossen haben (Copa, Pestizid- und Tierpharma-Industrie, Agrarhändler, Weizenproduzenten, Biotech-Industrie, Saatgut- sowie Futtermittel- und Düngerproduzenten).<sup>27</sup>

Auch Europa-Bio gehört in diese Kategorie, was den irreführenden Namen angeht. Europa-Bio ist nämlich keine Organisation, die Interessen von Ökobauern oder -Produzenten vertritt, sondern ein Interessen- und Lobbyverband der Gentechnikindustrie (englisch: Biotechnology).

**Third Party Authorities – Kampagnen sogenannter „Unabhängiger“ („Drittkampagnen“).** Indem man die Meinungen von scheinbar unabhängigen Wissenschaftlern, Experten oder aber Betroffenen medial verbreitet, erscheinen solche Aussagen glaubwürdiger. Auch mit aufwendig erstellten Meinungsumfragen können Themen suggestiv - teilweise auch verfälschend - in den Vordergrund gespielt oder verzerrt medial verbreitet werden. Die Positionen bekommen in der öffentlichen Wahrnehmung den Anstrich der Neutralität und wirken sehr glaubwürdig, weil sie von einer scheinbar unabhängigen Autorität (Wissenschaftler, Forscher, sowie Betroffene) stammen, die sich vordergründig neutral, wissenschaftlich oder aber authentisch äußern. „Bei Drittkampagnen wird bewusst mit der Wahrnehmung des Publikums gespielt, immer dann wenn PR-Experten in einen weißen Forscherkittel schlüpfen“, so John Stauber.

**Der Drehtüreffekt.** Dies ist einer der wichtigsten Wege, wie Lobbyisten die politische Agenda in Brüssel beeinflussen können. Wenn EU-Kommissare, Parlamentarier und wichtige Bürokraten ihre Jobs in der EU- Administration verlassen und Lobbyjobs annehmen, oder wenn Lobbyisten offizielle Posten innerhalb der europäischen Institutionen bekommen, ist die Gefahr groß, dass es zu Interessenkonflikten kommt. Dadurch wird die Einflussnahme verschleiert und der demokratische Prozess und faire Willensbildung gefährdet. Zwischen 2014 und 2017 ist jeder dritte EU-Kommissar, der die EU- Kommission 2014 verlassen hat, durch den „Drehtüreffekt“ im Privatsektor gelandet, die meisten davon waren Lobbyjobs.<sup>28</sup> Der größte Drehtürskandal war, als EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso nach dem Ausscheiden aus der EU-Kommission zu der Bank „Goldman Sachs“ wechselte. Der Generalsekretär von Copa Cogeca Pekka Pesonen war zuvor Staatssekretär im Finnischen Agrarministerium.

Es sollte Aufgabe der EU sein, diese „Drehtür“-Mechanismen zu unterbinden.

### 3. NEBENWIRKUNGEN DES „MODERNEN“ AGRARMODELS

„Während in den letzten 30 Jahren die meisten Branchen durch Innovation und technischen Fortschritt große Erfolge bei der Reduzierung der Stoffeinträge in die Umwelt erreichen konnten, zeigen sich bei den landwirtschaftlichen Emissionen nur geringe Verbesserungen“, so das kritische Urteil des Bundesumweltamtes in der Studie „Umweltprobleme der Landwirtschaft – 30 Jahre SRU-Sondergutachten“.<sup>29</sup>

Ich bin auf diese Studie gestoßen, weil ich wissen wollte, seit wann wissenschaftliche Erkenntnisse aufzeigen, wie die Umwelt von der konventionellen Landwirtschaft geschädigt wird.

Die Studie des Bundesumweltamtes von Oktober 2015 ist in ihrer wissenschaftlichen Analyse unmissverständlich:

Man verzeichne die Zerstörung der Artenvielfalt, immense Produktion von Treibhausgasen und Belastung von Gewässern mit Schadstoffen und Arzneimitteln aus der Massentierhaltung: Die Landwirtschaft verursache enorme Umweltschäden nicht nur in Deutschland. Eine Umstellung auf ökologischen Landbau und strengere Richtlinien seien dringend notwendig, aber nicht in Sicht. Die Landwirtschaft ist mit über 50 Prozent der mit Abstand größte Flächennutzer Deutschlands. Doch der intensive Landbau schädige die Umwelt noch immer besorgniserregend. Sowohl der Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln als auch die Intensivtierhaltung trügen demnach immens zu Schäden für Mensch und Natur bei, so das 40-seitige Papier.



Besonders im Klima- und Biodiversitätsbereich werden Defizite festgestellt: Der Ackerbau belastet die Umwelt mit Stickstoff, Phosphor und Schwermetallen. Pflanzenschutzmittel mit Breitbandwirkung würden nicht nur Schädlinge tilgen, sondern auch andere nützliche Insekten töten. Damit aber verschwinde die Nahrungsgrundlage vieler Vögel und Säugetiere. Das traurige Resultat: Statt den für

2010 angestrebten Stopp beim Artenverlust nebst Trendwende erreicht zu haben, verschwinden immer mehr Arten aus der Agrarlandschaft.

#### 4. AGRARWENDE? EHER UNBELIEBT...

Aber wurde auch die europäische Agrarpolitik kritisch überprüft? In Brüssel treffe ich Ariel Brunner von BirdLife International. „Gibt es denn Studien, die aufzeigen welche Probleme die europäische Agrarpolitik verursacht?“, will ich von dem agilen „Senior Head of Policy“ der europäischen Umweltorganisation wissen.

„Wir forderten die EU-Kommission auf, auch die Gemeinsame Agrarpolitik einem Fitness-Test zu unterziehen, doch sie weigerten sich.“ Deswegen gab die NGO BirdLife International eine Studie in Auftrag, die die europäische Agrarpolitik an ihren eigenen Kriterien maß. Brunner wollte dabei wissen, inwieweit sich die EU-Politik an den seit 2010 selbst formulierten Zielen für eine neue Agrarpolitik messen lässt. Der „Fitness-Check der GAP“ ergab: „dass die sozioökonomischen Effekte sehr gering sind; die Greening Maßnahmen der ersten Säule zeigen sehr geringe Auswirkungen wegen zu vielen Ausnahmen“ und die „GAP leistet beim Greening einen sehr geringen Beitrag, um den Klimawandel zu reduzieren“. Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommt auch das German Centre for Integrative Biodiversity Research (iDiv). „Wenn die GAP-Politik so umgesetzt wird, verfehlt sie ihre eigenen Ziele krachend“, sagt er. Gespannt schaut er deshalb auf Anfang 2020, wenn die Gemeinsame Agrarpolitik neu verhandelt wird. Aber wie waren die Reaktionen, in der Politik? „Damals ließ sich niemand vom europäischen Bauernverband Copa mit uns auf eine Debatte ein, um die Ergebnisse zu diskutieren.“



Auch der Europäische Rechnungshof schaute sich im November 2018 in einer Untersuchung die Ergebnisse der Gemeinsamen Agrarpolitik genauer an. „Die Rolle des EuRH als unabhängiger externer Prüfer der EU ist, zu überprüfen, ob die EU-Mittel korrekt verbucht, in Übereinstimmung mit den einschlägigen Rechtsvorschriften eingenommen und verausgabt wurden und ob eine optimale Mittelverwendung gegeben war“, so definiert der europäische Rechnungshof selbst auf seiner Webpage seine Kontrollfunktion. „The European Court of Auditors“ (EURH) in Luxemburg stellen bei ihrer Überprüfung fest, dass sich viele der vorgeschlagenen politischen Optionen nur unwesentlich von der derzeitigen GAP-Regelung unterscheiden. Insbesondere würde es sich beim größten Teil des Haushalts nach wie vor um Direktzahlungen an Landwirte auf der Grundlage einer bestimmten Anzahl eigener oder genutzter Hektarflächen handeln. Mit diesem Instrument können jedoch zahlreiche Umweltbelange nicht berücksichtigt werden, und es stellt auch nicht die wirtschaftlichste Art und Weise dar, um ein angemessenes Einkommen zu unterstützen. Als die Europäische Kommission ihre Vorschläge für die neue GAP nach 2020 veröffentlichte, hob sie jedoch selbst hervor, dass Umwelt- und Klimazielen eine sehr hohe Priorität beigemessen würde. Nach Auffassung der Prüfer sieht die vorgeschlagene Reform zwar Instrumente vor, um diese Ziele zu erreichen, doch wurden diese weder klar definiert noch in quantifizierte Vorgaben umgesetzt. Überdies erscheint die Einschätzung der Kommission, was den Beitrag der GAP zu den Klimaschutzziele der EU angeht, unrealistisch.



„Und so“, frage ich Ariel Brunner, „gab es denn auf die Prüfung der Rechnungsprüfer eine Reaktion?“ „Die Antwort von der Kommission und der Agrarpolitischen Lobby war, dass der Europäische Rechnungshof keine Ahnung von Landwirtschaft habe. Diese arrogante Haltung ist in der EU-Politik äußerst unüblich. Es gibt keinen anderen Bereich, wo jemand einfach sagen könnte: Tut uns leid, das Problem gibt es einfach nicht.“<sup>30</sup>

Brunner setzt seine Hoffnung nun mehr auf die EU-Bürger, die zunehmend ihre Rechte wahrnehmen, sich beschweren, Lärm schlagen. „Solange das noch passiert, ist noch nicht alles verloren“, wie er sagt. Ist das der rettende Strohalm nach dem der Vogelschützer greift?

Aber wieder geben ihm aktuelle Umfragen Recht: Demnach befürworten 83 Prozent der Befragten strengere Regeln und Gesetze zum Schutz der Natur in der Landwirtschaft. Andere Studien belegen eine ähnliche Haltung. Zig Millionen Menschen unterstützen Volksbegehren, engagieren sich in Bürgerinitiativen oder demonstrieren in ganz Europa, fordern eine Agrarwende - für kaum ein anderes Thema engagieren sich in ganz Europa so viele Menschen wie für eine andere Agrarpolitik. Auch im aktuellen Ergebnis der letzten Europawahl spiegelt sich der Wunsch nach Umdenken in Umweltfragen bei der Agrarpolitik wieder. Und? Kommt das auf EU-Ebene an?





## 4.1 MARKTINTERESSEN UND BESITZSTANDSWAHRER

Nun will ich besser verstehen, wie die politischen Mechanismen genau funktionieren und führe weitere Gespräche mit Experten in Brüssel. Im Europaviertel treffe ich einige Vertreter, die seit Jahren versuchen die europäische Agrarpolitik umweltfreundlicher zu gestalten, aber auch Lobbyisten die für die Agrarindustrie gearbeitet haben. Bei den vielen Gesprächen wird mir immer wieder eins klargemacht: Der Einfluss auf die europäischen Institutionen prasselt von vielen Seiten und auf allen Ebenen auf die Beamten, Minister und Abgeordneten ein. Vom Meinungsbildungsprozess bei der Beratung und Entwicklung von neuen Richtlinien und Leitlinien der Politik, bis zur höchsten Ebene, in der obersten politischen Spitze, den Staatschefs der Mitgliedstaaten und dem Kabinett der EU-Kommission: Überall ist die Lobby aktiv.

Gelernt habe ich, dass eine erfolgreiche Lobbystrategie immer versucht, möglichst früh Positionen einzubringen und so die Agenda zu setzen. In Brüssel gibt es hunderte von „Advisory Groups“. Bei diesen unzähligen Beratungsgremien, holt sich die Generaldirektion Expertise aus unterschiedlichen Sektoren ein. Traditionell nutzten die Interessentengruppen der Industrie diese Gremien sehr ausgiebig. „Sie haben auch die nötigen Ressourcen und die Manpower, jede Gelegenheit zu nutzen und an den vielen Stakeholder Meetings teilzunehmen“, wie mir Franciska Achterberg von Greenpeace erklärt<sup>31</sup>. Im Agrarsektor spielen „Advisory Groups“ eine wichtige Rolle, hier werden die Leitlinien der europäischen Agrarpolitik im Vorfeld sondiert, beraten und der generelle Kurs der zukünftigen Politik festgelegt. In einer Demokratie ist das ein nicht unübliches Vorgehen, schließlich sollten alle Betroffenen bei der Ausgestaltung von Politikfeldern gehört und beteiligt werden (Stichwort: „Beteiligte Kreise“). Für eine faire und gute politische Gestaltung ist es aber wichtig, dass alle Stakeholder hier ausreichend und zu fairen Bedingungen Gehör finden.

Wie sind diese Gremien besetzt? Wer leitet diese Gruppen und entscheidet, welche Themen auf die Tagesordnung gesetzt werden? Das frage ich mich immer wieder bei meiner Recherche, auch im Agrarsektor gibt es eine ganze

Reihe solcher AGs.

Die **„Advisory Group on Common Agriculture Policy“** (AG-CAP). Vermutlich die wichtigste Beratergruppe der DG-AGRI. Eine Analyse der Zusammensetzung ergibt, dass NGOs dort zwölf Sitze haben, Copa-Cogeca 22 und die Industrie- und Lobbyvertreter 38. Das heißt, 60 Stimmen setzen sich für die Position der Agrarindustrie ein und zwölf für den Umweltschutz und die Agrarwende. Das heißt, bei der AG- CAP stehen nur 20 Prozent für die Agrarwende und 80 Prozent dagegen.

Auch bei anderen AGs ist das Kräfteverhältnis ähnlich unfair verteilt. So gibt es weitere 20 solcher Beratungsgruppen, die zu allen wichtigen Agrarthemen beraten: Schweinefleisch, Hülsenfrüchte, Milch, Reis, Rindfleisch, Geflügel und Eier, Bienen, Früchte und Gemüse, alkoholische Getränke, Tabak, Qualität der Agrarproduktion, Entwicklung des Ländlichen Raumes, Landwirtschaft und Umwelt, Energiepflanzen (Energy Crops), Ökolandbau.

Spannend wäre es jetzt mal, hinter die verschlossenen Türen zu schauen und eine Innensicht zu bekommen. Über CEO bekomme ich einen Tipp, der mir dabei weiterhelfen könnte. Eine Agrarexpertin - sie arbeitet heute in leitender Funktion in einer wichtigen europäischen Forschungsinstitution zur Agrarpolitik - ist bereit, mir von ihren Erfahrungen in den Beratergremien zu berichten. Sie ist bereit, offen zu sprechen, wenn ich ihren Namen und ihre Institution nicht nenne. Sie fürchtet, wenn das bekannt würde, dass ihre EU-Karriere damit beendet wäre. Gleich zu Anfang berichtet sie mir, wie erschüttert sie von der Härte und den Methoden in den Advisory Groups ist. „Hier wurde mit allen Mitteln der Kunst taktiert“, und „Es war ein permanenter harter Kampf, besonders mit den vielen Copa- und Industrievertretern.“ Noch heute schüttelt sie frustriert ihren Kopf, als sie sich an diese absurden Szenen erinnert. „Das Verhalten von Mitgliedern von Copa in den Beratergruppen war wirklich schockierend für mich“. <sup>32</sup> Die Positionen seien durch die Ideologie so verhärtet, dass eine sachliche Auseinandersetzung kaum möglich sei, so ihre Einschätzung. „Anfangs wurde erst nur verdeckt agiert, aber dann wurde mir doch sehr schnell deutlich gemacht, wie unerwünscht die Anwesenheit der NGOs in diesen Gremien war.“



Im Selbstverständnis von Copa sieht sie "Advisory Groups" als ihre Bühne und Einflussphäre. Doch die Konflikte traten schnell zu Tage, wie mir erklärt. „Ganz offen begann man, uns auch verbal zu bedrohen. Sie sagten: Wenn ihr euch weiter für eine Reform-CAP einsetzt, dann werden wir dafür sorgen, dass eure Gelder von der EU-Kommission gekürzt werden.““

Auch externe Experten der Fleischindustrie, die zu Präsentationen eingeladen wurden und Vorträge zu neuen Trends der Geflügelhaltung oder Schweinemast hielten, wurden während ihrer Präsentation angegangen. Die Fotos einer normalen Schweinemastanlage wurden als Propaganda diffamiert. Eine Kollegin von „BirdLife International“ wurde in aller Öffentlichkeit und in Anwesenheit der Kommission von Vertretern der Copa verbal angegangen und bedroht. Die vielen Beschwerdebriefe der Zivilgesellschaft an EU-Kommissar Hogan führten immerhin dazu, dass die Besetzung der „Advisory Groups“ einer Überprüfung unterzogen werden.

Aber wie funktioniert Lobbyismus in Parlament, Rat und EU-Kommission und wieso kommt Umweltpolitik in bestimmten Bereichen dabei oft unter die Räder?

BirdLife International hat sein Büro nicht unweit vom Europaparlament. Auf einer Etage eines modernen Bürokomplexes arbeiten eine Handvoll Mitarbeiter aus ganz Europa. Ariel Brunner ist mit seinen italienischen und britischen Wurzeln durch und durch Europäer, er leitet die Umweltschutz-Organisation;

durch seine langjährige Erfahrung des Brüsseler Politikbetriebs hat er eine gute Innensicht, wie Gesetze und Regularien in Brüssel zustande kommen; er hört schon mal von vertrauenswürdigen Quellen, was hinter verschlossenen Türen für Deals vereinbart werden. Auch er hat versucht, bei zahllosen Lobbyschlachten Widerstand zu leisten, die meisten hat er verloren, wie er zerknirscht einräumt. Auch er ist vorsichtig, offen Namen zu nennen, trotzdem ist er auch hoffnungsvoll. „Dank des wachsenden Bewusstseins und der sich zunehmend erschöpfenden Geduld der Europäer, die nun wütend werden, haben wir zumindest inzwischen einen Kampf und eine Auseinandersetzung. Die Zeiten der geräuschlosen Vereinbarungen und Deals und faulen Kompromisse, von denen niemand was mitbekommt, sind hoffentlich vorbei“, wie er erklärt.

Für ihn ist es ein Kernproblem des Brüsseler Politikbetriebes, dass auf so vielen Ebenen eine Reform-Agenda für eine umweltfreundlichere Landwirtschaft ausgebremst werden kann. Gerne will er mir die unterschiedlichen Ebenen, wie bei einer Zwiebelknolle langsam und Schicht für Schicht aufschälen, bis wir im Inneren der Macht angekommen sind. Auf jeder Schicht würden die Lobbykräfte ansetzen und versuchen, ein Vorhaben, das ihnen im Weg stehe, zu torpedieren. Dabei ist das Kräfteverhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen - und Industrie Interessen äusserst unausgewogen. Ihm stünde eine Armee von Industrielobbyisten mit ausreichend Mitteln gegenüber, wie er achselzuckend erklärt. Das spiegelt sich auch in der Anzahl der Treffen der EU-Kommission wieder. Zwischen Dezember 2014 und April 2017 fanden von den 104 Treffen des Agrarkommissars Phil Hogan 75 Prozent mit Unternehmensvertretern statt,<sup>33</sup>

„Und auf welcher Ebene agiert die Agrarlobby am erfolgreichsten?“, will ich wissen. Beim EU-Agrarministerrat, dem (Agricultural Council), trete diese Interessenpolitik am deutlichsten hervor - hier pflege die Agrarlobby zu jedem Minister der Mitgliedsländer enge Verbindungen.

Die Diskussionen und Abstimmungen des Rates sind nicht öffentlich, anders als beim EU-Parlament. Die Grundlagen der Entscheidungen der Agrarminister können nicht überprüft werden, weil man nicht weiß, wie die Mehrheiten bei Abstimmungen zustande gekommen sind. Nach Brunners Ansicht liegen Entscheidungen, die beim europäischen Rat der Agrarminister getroffen werden, immer in der Nähe der Interessen des agrarindustriellen Spektrums. Wirkliche Umweltpolitik fände hier bisher kaum Gehör.

Besonders irritierend ist, dass DBV Präsident Joachim Rukwied, der auch der jetzige Präsident des europäischen Bauernverbandes Copa ist, vor jeder Sitzung der Minister eine exklusive halbe Stunde habe, um den Standpunkt von Copa-Cogeca darzulegen. NGOs oder andere Interessenvertretungen aus dem Agrarbereich genießen diesen exklusiven Zugang nicht, auch wenn das seit Jahren eingefordert wird.

Aber wer vertritt die Bürger und die Umweltfragen und wer spricht für den Rest der Gesellschaft in diesen Fragen? Ich werfe ein, dass der Umweltausschuss des EU-Parlaments (ENVI) bei allen GAP-Verhandlungen ja seine Meinung in Form von Stellungnahmen einbringen konnte und sich nun bei den aktuellen Verhandlungen sogar eine „sharing competence“ erstritten hat, also eine geteilte Zuständigkeit mit dem Agrarausschuss, das geht über Stellungnahmen durchaus hinaus<sup>34</sup>, das wäre doch ein Fortschritt. Ja das stimmt so, räumt Brunner ein, dass sei so zum ersten Mal in der Geschichte der EU geschehen.

Dabei ließe sich genau an diesem Vorgang etwas wirklich Interessantes über den Lobbyismus in Brüssel ablesen. Der Umweltausschuss hat ja mehrheitlich für eine etwas progressivere Umweltreform der europäischen Landwirtschaftspolitik gestimmt: In seinem Vorschlag findet sich die „Stärkung des

Umweltschutzes“ sowie „Good Governance“, aber auch „Ideen im Kampf gegen Klimawandel“. Die Abstimmung des Agrarausschusses (AGRI) war hingegen komplett entgegengesetzt: Keine Stärkung des Umwelt- und Klimaschutzes und keine Massnahmen gegen Korruption (Good Governance). Das ist erstaunlich, weil genau die gleichen Parteien in den beiden Ausschüssen sitzen und dort die Mehrheit stellen: die Fraktionen der EVP und der S&D. Die beiden großen Volksparteien handelten also in dieser Frage zum Teil total gegensätzlich.

Es ist also offensichtlich, dass die Mitglieder des Agrarausschusses mehrheitlich für eine Beibehaltung des Status Quo kämpfen, obwohl sämtliche Umweltgutachten zur GAP durchaus auch im Agrarausschuss diskutiert werden. Auch hier zeigt sich also das aus den „Advisory Groups“ bekannte Vorherrschen einer Ideologie, die wissenschaftlichen Argumenten für mehr Klima- und Biodiversitätsschutz kaum zugänglich ist. Es geht vordergründig in den Redebeiträgen um das Wohl der Bauern, aber eigentlich vertritt die eine große Mehrheit der Abgeordneten eine exportorientierte industrielle Agrarproduktion und viele tun dies durchaus aus Überzeugung. Doch viele haben auch Interessenkonflikte und sitzen, ähnlich wie Bauernverbandspräsident Rukwied in Vorständen und Aufsichtsräten großer agrarindustrieller Konzerne (Referenz Film „gekaufte Agrarpolitik<sup>35</sup>“)



„Money tells the Story“ - Das Geld erzähle die Geschichte, wie Brunner mir am Schluss unserer langen Unterhaltung erklärt. 30 Prozent der ausgeschütteten GAP Zahlungen gehe an 1,5 Prozent der Bauern, meist Großbetriebe und schaut man sich 80 Prozent des ausgezahlten Geldes an, gehe das nur an 30 Prozent der Agrarbetriebe, ebenfalls mehrheitlich nicht die Kleineren. „Es ist also ein System, bei dem jedes Jahr Milliardenbeträge aus öffentlichen Kassen in die Taschen von wenigen europäischen Agrarbetrieben gespült werden - und das ohne nennbare Gegenleistungen für die Gesellschaft. Und natürlich wundert sich niemand wirklich, dass die bevorzugten Empfänger dieser großen Summen extrem hart darum kämpfen, diese Direktzahlungen auch in Zukunft zu bekommen“

Ich habe ja bereits gelernt, dass wer mehr Hektar hat, auch mehr Geld aus dem europäischen Agrar-Fördertopf bekommt, das führt auch dazu, dass selbst ein Milliardenunternehmen wie die Mannheimer Südzucker AG Fördermittel erhält, wenn auch nur von rund 1,8 Millionen Euro, während viele kleinere Bauern kaum etwas von dem Brüsseler Geldsegen sehen. Wenn man weiß, dass die „Bauernvertreter“ in Brüssel eben diese Interessenten vertreten und nicht kleine und mittlere Betriebe, muss man sich nicht mehr wundern, woher der jahrzehntelange Widerstand der Copa und den nationalen Bauernverbänden dagegen kommt, etwas an dem System der Direktzahlungen zu ändern.

## 5. GAP-GELDER UND KORRUPTION

Leider verursachen diese Milliarden an GAP Mitteln nicht nur Umweltschäden, sie haben auch andere fatale Folgen für die Gesellschaft. Sie verleiten zu Korruption.

„Wir sehen eine Kette von Skandalen besonders in Osteuropa, aber auch in Süditalien, wo GAP-Mittel konkret dafür benutzt werden, um Geld für die organisierte Kriminalität zu waschen. In anderen Ländern werden GAP-Mittel genutzt, um treue politische Freunde gefügig zu halten und zu belohnen“, wie ich erfahre. Den politischen Günstlingen wird öffentliches Land überschrieben und sie kommen so in den Genuss von regelmässigen GAP-Zahlungen, damit lässt sich ganz einfach der Status quo der Macht in diesen illiberalen Demokratien zementieren.

Ich werde neugierig, recherchiere weiter und werde fündig. In Ungarn lässt sich das besonders gut nachvollziehen. So privatisierte die ungarische Regierungspartei FIDEZ seit 2012 hunderttausende Hektar Land, wie Tamás Boros in seiner Studie „Hungarian Land as Political Instrument“ berichtet:<sup>36</sup> „Die größten und besten Flächen bekamen Geschäftsleute mit engen Verbindungen zur Regierung und Ministerpräsident Viktor Orbán, wie auch die Opposition beklagte. Dieses Vorgehen wird am deutlichsten durch die Überschreibung von 1000 Hektar an den Bürgermeister von Victor Orbáns Heimatstadt Felcsút. Selbst Staatssekretär József Ángyán beklagte öffentlich, dass dieses Landprogramm der Regierung nur dafür dient, Forderungen von Oligarchen, einflussreiche Mafia-Familien und Landspekulanten zu bedienen. Aber auch in anderen Ländern finden sich massive Interessenten, die an den Direktzahlungen festhalten wollen. Dazu gehören Unternehmen wie die vom tschechischen Premier und Milliardär Andrej Babiš gegründete Agrofert-Gruppe. Laut „Süddeutscher Zeitung“ sollen zwischen 2014 und 2020 „bedeutende Summen“ aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, die zwar keine GAP-Gelder sind, aber ebenfalls dem ländlichen Raum zugutekommen sollen, an das Unternehmen, das Babiš in zwei Trusts überführt hat, geflossen sein und immer noch fließen – allein 2017 rund 82 Millionen Euro. Hier bereichern sich also Regierungsoberhäupter, die im Europäischen Rat die Politik mitbestimmen schlicht persönlich, beziehungsweise verteilen Geschenke an ihre Günstlinge. Dass diese kein Interesse daran haben, den Geldhahn der GAP zuzudrehen oder schwierige Filter für Umwelt und Klimaschutz davor zu schrauben, ist nachvollziehbar.

## 6. WIE MAN UNLIEBSAMES BEKÄMPFT

Neben der konkreten Auseinandersetzung in den politischen Institutionen Europas im Parlament, im Rat und der EU-Kommission sowie den Mitgliedsländern, wird die Agrarwende auf vielen weiteren Feldern ausgebremst. Beispiele wie und wo das geschieht gibt es reichlich: In öffentlichen und medialen Debatten, in der Forschung und Entwicklung oder bei den Zulassungsbehörden. Als ich im Internet recherchiere und mich in den Sozialen Medien und Blogs umschaue, stoße ich als erstes immer wieder auf Kommentare und Beiträge, von netzaktiven Landwirten. Neben Bildern von großen Traktoren vor Sonnenuntergängen oder Fotos mit glücklichen Kindern vor weidenden Kühen, wird bei diesen Bloggern auch scharf gegen die Agrarwende gewettert. Sie schreiben Kommentare, äußern sich scharf zu geplanten Pestizidverboten von

Glyphosat oder Neonicotinoiden oder dem EuGH Urteil gegen die neue Gentechnik. Wer sind die Bauern und bilden sie die allgemeine Haltung der europäischen Landwirte ab? Bei dem überwiegenden Teil der Meldungen handelt es sich um „Agrar-Blogger“, Bauern, die sehr aktiv im Netz über ihren Beruf schreiben. Bei Auseinandersetzungen zu Agrarthemen schalten sie sich gerne ein; kritische Journalisten bekommen harte Kommentare ab, auch Politiker werden im Netz bei kontroversen Themen verbal niedergemacht und angegriffen.

Vielleicht ist das ja inzwischen der normale Ton der Auseinandersetzung, der heute im Internet üblich ist? Sind das Bauern? Erst auf den zweiten Blick und nach einiger Recherche erschließt sich, dass die Agrar-Blogger<sup>37</sup> und „Agrar Scouts“ von einer „Front-Group“ DLG und dem „Forum Moderne Landwirtschaft“ teilweise finanziert und organisiert werden. Auch die Seite „Die Pflanzenschützer“ gehört dazu.<sup>38</sup> Gründer der Initiative „Die Pflanzenschützer“ ist der Industrieverband Agrar e.V. (IVA) mit Sitz in Frankfurt am Main. Der IVA vertritt die Interessen der agrochemischen Industrie in Deutschland. Aber nicht nur im Netz sind diese Front-Groups aktiv.

Diese Finanziere schicken auch Leute in Fußgängerzonen und auf Bauernmärkte zur „Information“ der Verbraucher.<sup>39</sup>

Aber wie unabhängig schreiben und agieren diese Landwirte dann noch? Der Agrarexperte Martin Hofstetter von Greenpeace Deutschland begrüßt an und für sich die direkte Kommunikation mit Landwirten im Netz. „Das ist eine schnelle und direkte Form der Auseinandersetzung“, wie er sagt. Besonders Stadtmenschen hätten so die Möglichkeit, ihr einseitiges Bild von der Landwirtschaft zu revidieren, wie er erklärt. Doch Landwirte zu bezahlen und zu instruieren, um für eine bestimmte Politik Werbung zu machen, hält er für eine moderne Form der Manipulation. „Ich habe oft zu tun mit Agrar-Bloggern oder den „Agrar-Scouts“, die vom „Forum Moderne Landwirtschaft“ finanziert werden oder von Genossenschaften zur Förderung der Schweinehaltung, wie der IGS, die Interessengemeinschaft der Schweinehalter<sup>40</sup>. „Ich glaube, da wird Geld aufgewendet, da werden Leute geschult und damit schafft man sich auch Gefügigkeit. Das muss man hinterfragen, ob das zu einem besseren Dialog führt. Denn wenn das Agrar-PR Leute sind, die nach außen wie Landwirte agieren, aber im Inneren ein Sprachrohr der Industrie sind, dann werden die Menschen hinter das Licht geführt“.

Im Zusammenspiel von Geld und den aktiven PR-Bauern kann man so ein Thema im Netz beeinflussen, eine Agenda setzen. Wie geschickt betroffene oder zivilgesellschaftliche Gruppen eingesetzt werden können zeigt ein anderes Beispiel. So wurde sogar eigene Gruppen gegründet, die sich für das „Wohl der Umwelt“ engagiert, aber Industrie Interessen vertritt. 2005 wurde das „Bienen Biodiversitätsnetzwerk“ von Philippe Lecompte gegründet. Dabei wirkt es von außen wie ein zivilgesellschaftliches Netzwerk, erst bei genauer Recherche fällt auf, dass es auch Unternehmen wie BASF als Partner hat. Bei dem Gründer der Gruppe handelt es sich um einen französischen Imker, der auch in Veröffentlichungen von BASF auftaucht und die Auswirkungen von Pestiziden auf Bestäuber verharmlost.



## 7. FAZIT: WER WÜRDEN VON DER AGRARWENDE PROFITIEREN UND WER NICHT?

Jetzt habe ich mich monatelang in die Netzwerke der Agrarlobby begeben, habe verstanden, woher die gut etablierten Strukturen stammen. Mir ist nun klargeworden, warum die Agrarwende so wirkungsvoll ausgebremst wird, trotz der wissenschaftlichen Erkenntnisse und trotz des massiven Widerstandes der Europäer, die sich eine nachhaltigere und gesündere Landwirtschaft wünschen. Die wollen, dass auch kleine Familienbetriebe von ihrer Arbeit leben können und nicht durch niedrige Weltmarktpreise an den Rand des Ruins getrieben werden. Wir alle würden davon profitieren und auf kurz oder lang können wir uns diese Form der industriellen Landwirtschaft nicht mehr leisten. Die großen Agrarbetriebe müssten sich umstellen und ihr Geschäftsmodell steht in Frage. Hochleistungskühe, Massentierhaltung, die für den Weltmarkt Billigfleisch produziert und riesigen Feldern, auf denen unter hohem Pestizideinsatz wenige „Cashcrops“ wie Weizen, Raps, Mais und Kartoffeln wachsen, ist zwar zurzeit noch für manche ein attraktives Geschäftsmodell, aber die Gesellschaft ist immer weniger bereit, die Folgekosten zu bezahlen und sie dann auch noch mit Steuermitteln zu subventionieren.

Doch, wenn wir die Agrarwende einleiten, profitieren globale Saatgutriesen nicht und Hersteller von Stickstoffdünger und Pflanzenschutzmitteln profitieren ebenso wenig. Die großen der Lebensmittelindustrie profitieren nicht. Der internationale Handel profitiert nicht. Große „Genossenschaften“ profitieren nicht. Die Auseinandersetzung das zu ändern wird zäh sein. Erfolgreich wird man gegen das Netzwerk der Agrarlobby nur dann, wenn verpflichtende Transparenz- und Lobbyregeln in Europa eingeführt werden. Die Vorschläge hierfür liegen schon lange auf dem Tisch. So warnte das Lobbykontroll-Netzwerk „Alter EU“ vor der Europawahl 2019, dass die freiwilligen Lobbyregularien so nicht reichen.

Es bleibt viel zu tun.

## ENDNOTEN

- 1 Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) von Dr. Friedhelm von Mering Referent Politik) 2019, „Änderung der Düngeverordnung-Infos zur zu hohen Nitrat-Belastung in Deutschlands Grundwasser und der einhergehenden EU-Klage“ <https://www.boelw.de/themen/pflanze/duengung/artikel/aenderung-der-duengeverordnung/> Letzter Zugriff: 7.10.2019
- 2 Eurostat (European Statistical Office) is a Directorate-General of the European Commission. 26. 11. 2019. „Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe 2013“ <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7089771/5-26112015-AP-DE.pdf> Letzter Zugriff: 24.10.2019
- 3 Bundesumweltministeriums (BMU) „Naturbewusstseins-Studie“ des Bundes-Umweltministeriums, 2015, <https://www.bfn.de/themen/gesellschaft/naturbewusstsein/studie-2015.html> letzter Zugriff 24.10.2019
- 4 Europäische Kommission - 2017 „Eurobarometer“ <https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/key-policies/common-agricultural-policy/cap-glance/eurobarometer?2nd-language=de>. Letzter Zugriff: 24.10.2019
- 5 Europäische Kommission - 2017 „Eurobarometer“ <https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/key-policies/common-agricultural-policy/cap-glance/eurobarometer?2nd-language=de>. Letzter Zugriff: 24.10.2019
- 6 Deutschlandfunk, DLF, Peter Kreysler, „Reiche Medien – Arme Demokratie“ Sendung vom 01.04. 2003 [https://www.deutschlandfunkkultur.de/das-feature-reiche-medien-arme-demokratie.3692.de.html?dram:article\\_id=44060](https://www.deutschlandfunkkultur.de/das-feature-reiche-medien-arme-demokratie.3692.de.html?dram:article_id=44060) Letzter Zugriff: 24.10.2019
- 7 Deutschlandfunk, DLF, Peter Kreysler, „Reiche Medien – Arme Demokratie“ Sendung vom 01.04. 2003 [https://www.deutschlandfunkkultur.de/das-feature-reiche-medien-arme-demokratie.3692.de.html?dram:article\\_id=44060](https://www.deutschlandfunkkultur.de/das-feature-reiche-medien-arme-demokratie.3692.de.html?dram:article_id=44060) Letzter Zugriff: 24.10.2019
- 8 Corporate Europe Observatory (CEO), 16.04. 2018, <https://corporateeurope.org/en/power-lobbies/2018/04/take-virtual-tour-eu-lobby-world> Letzter Zugriff: 24.10.2019  
ALTER-EU Coalition The Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation (ALTER-EU) : Helen Burley (Corporate Europe Observatory), William Dinan (SpinWatch), Kenneth Haar (Corporate Europe Observatory), Olivier Hoedeman (Corporate Europe Observatory) and Erik Wesselius (Corporate Europe Observatory) 2010 <https://www.alter-eu.org/sites/default/files/documents/bursting-the-brussels-bubble.pdf> . Letzter Zugriff: 24.10. 2019
- 9 Interview mit Martin Pigeon, CEO 5.7. 2019
- 10 Interview mit Martin Pigeon, CEO 5.7.2019
- 11 Heinrich-Böll-Stiftung e. V Agrar-Atlas 2019 <https://www.boell.de/de/agraratlas> Letzter Zugriff 24.10.2019
- 12 Eckhart Niemann, 2003 „Die stille Macht: Lobbyismus in Deutschland“, in: Das Interessensgeflecht des Agrobuisness. Kluge, Ulrich, 2001: Ökowende, Berlin
- 13 Tanja Busse, 2019, „Das Sterben der anderen“ in Kurt Blessing Verlag
- 14 Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (kurz BMEL) 24.08.2014 [https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Agrarpolitik/\\_Texte/GAP-Geschichte.html](https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Agrarpolitik/_Texte/GAP-Geschichte.html) Letzter Zugriff: 07.10. 2019
- 15 Martin Pigeon Corporate Europe Observatory (CEO) 2011 „Agriculture lobby groups in the EU“
- 16 Darren Halpin, 2005, „Surviving Global Change? Agricultural Interest Groups in Comparative Perspective“, Ashgate
- 17 Darren Halpin , 2005, „Surviving Global Change? Agricultural Interest Groups in Comparative Perspective“, Ashgate, ( Page 244)
- 18 Belgisch Staatsblad, 2011 [http://www.ejustice.just.fgov.be/cgi\\_tsv/tsv\\_rech.pl?language=fr&btw=0840367022&liste=Liste](http://www.ejustice.just.fgov.be/cgi_tsv/tsv_rech.pl?language=fr&btw=0840367022&liste=Liste) letzter Zugriff 24.10.2019  
ZDU Zentrale Datenbank der Unternehmen, 2011 <https://kbpub.economie.fgov.be/kbpub/toonondernemingsps.html?ondernemingsnummer=840367022> Letzter Zugriff: 24.10 2019
- 19 NABU - Naturschutzbund Deutschland e.V., 2019 Verflechtungen und Interessen des Deutschen Bauernverbandes (DBV) <https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/landnutzung/landwirtschaft/agrarpolitik/26321.html> Letzter Zugriff: 24.10.2019
- 20 Eckhart Niemann, 2003 „Die stille Macht: Lobbyismus in Deutschland“ (Kapitel) Das Interessensgeflecht des Agrobuisness,/ S. 190
- 21 Die Kennedy-Runde war das zweite Verfahren zur Zollsenkung (1964-1967). Dabei einigte man sich auf allgemeine und gleichmäßige Zollsenkungen für alle Länder, für etwa 20% des Welthandels senkten sich die Zölle um durchschnittlich 35%.
- 22 Cropelife International, 2019, <https://croplife.org/challenges-facing-eu-agriculture/> Letzter Zugriff: 24.10 2019
- 23 John Stauber und Sheldon Rampton 2006 „Giftmüll macht Schlank: Die Wahrheit über die Public Relation“ / Orange Press
- 24 Edward Bernays, 2007 „Propaganda“ / Orange Press
- 25 Jimmy Leibold ARTE / France, 2017, <https://www.arte.tv/de/videos/071470-000-A/edward-bernays-und-die-wissenschaft-der-meinungsmache/> Letzter Zugriff: 24.10 2019
- 26 CEO, 13.09. 2011. <https://corporateeurope.org/en/efsa/2011/09/eu-food-additive-experts-fail-declare-links-food-industry>. Letzter Zugriff: 24.10 2019
- 27 Agri-Food Chain Coalition (AFCC) , 2019 ,<https://agrifoodchaincoalition.eu/>
- 28 <https://corporateeurope.org/en/revolvingdoorwatch> Letzter Zugriff: 24.10. 2019
- 29 Umweltbundesamt (Hrsg.) Oktober 2015 <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltprobleme-der-landwirtschaft-30-jahre-sru> Letzter Zugriff: 24 10 2019
- 30 Interview mit Ariel Brunner, Senior Head of Policy - Bird Life International am 5.7.2019
- 31 Interview mit Franziska Achterberg, Greenpeace - Europe, 3.09 2019
- 32 Interview am 5.7.2019 Brüssel (Nicht öffentliche Quelle / Audiobeleg ab min 00:22)
- 33 Nina Katzemich, CEO, 5.05.2017 „LobbyControl: EU Ranking wichtige Kommissare auf Kuschelkurs,“ Letzter Zugriff: 24.10.2019
- 34 <https://blogs.nabu.de/naturschaetze-retten/gap-ticker-high-noon-im-europaichen-parlament/>
- 35 ARD, 2019. „Gekaufte AgrarPolitik“ <https://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/videos/gekaufte-agrarpolitik-video-102.html> : Letzter Zugriff 24.10 2019
- 36 Friedrich-Ebert-Stiftung,EFS, Tamás Boros 2015 <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/12145.pdf> Letzter Zugriff 24.10.2019
- 37 Die Agrar Blogger: Plattform für Landwirte – Für ein zeitgemäßes Bild der Landwirtschaft (Herausgeber: DLG e.V.) 2019, <https://agrarblogger.de/> Letzter Zugriff 24.10.2019
- 38 Pflanzenschützer, 2019, <https://www.die-pflanzenschuetzer.de/>: Letzter Zugriff 24.10.2019
- 39 Forum Moderne Landwirtschaft, 2019 <https://www.forum-moderne-landwirtschaft.de/agrarscouts>. Letzter Zugriff: 24.10.2019
- 40 ISN - Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands e.V., 2019, <https://www.schweine.net/>. Letzter Zugriff: 24.10.2019





← Einbahnstraße

?